

GROSSBRITANNIEN

## Armes Königreich

Mit einer überraschenden Studie des Londoner University College hat die Regierung Blair jetzt die dringende Notwendigkeit ihres Anti-Armut-Programms untermauert. Die Arbeit beweist: In keinem anderen westlichen Industriestaat klafft die Schere zwischen dem armen und dem reichen Bevölkerungsanteil weiter auseinander als in Britannien. Während die materielle Ungleichheit in Frankreich und Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten annähernd stabil blieb und in Italien sogar schrumpfte, stieg sie im Vereinigten Königreich sogar stärker als in den USA. 12 Millionen Briten (von derzeit 58 Millionen) müssen mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens leben, fast dreimal so viele wie noch vor 20 Jahren. Ein Viertel aller Kinder verkümmert in anhaltender Armut. Der Sozialdeterminismus greift bereits in frühester Kindheit: Die Nachkommen von armen Familien sind schon mit zwei Jahren weit weniger lernfähig als die von wohlhabenden Familien.

ISRAEL

## Zersplitterung der Parteienlandschaft

Bei den Neuwahlen im Mai droht den beiden israelischen Großparteien, dem konservativen Likud und der linken Arbeitspartei, eine massive Schwächung. Der Grund dafür liegt in der zunehmenden Zersplitterung der Parteienlandschaft. Eine Rekordzahl von 33 Parteien ließ sich für die Wahlen registrieren, darunter für Einwanderer-



Wahlwerbung in Israel

gruppen wie Russen und Rumänen. „Die Leute trauen den klassischen Parteien nicht mehr“, meint der Politologe Abraham Diskin. Er sagt einen Zulauf für die kleinen Parteien voraus. Um ins Parlament zu gelangen, muß eine Partei nur 1,5 Prozent der Stimmen gewinnen.

ARMENIEN/ASERBAIDCHAN

## Neuer Krieg im Kaukasus?

Die Parteinahme des Westens für das Kosovo findet überraschenden Beifall im Kaukasus: Armeniens Regierung signalisiert Verständnis für die westliche Balkan-Politik.



Mit dem Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren werde ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen – und zwar für die Zukunft der Enklave Berg-Karabach. Die Armenier hatten das zu Aserbaidschan gehörende und vorwiegend von Landsleuten besiedelte Gebiet nach vierjährigem Krieg 1994 ihrem Staat de facto angegliedert. Aserbaidschan fordert seither die Rückgabe der Bergregion, die knapp doppelt so groß ist wie Luxemburg. Ein Kompromißvorschlag von OSZE-Vermittlern sieht vor, daß die armenische Enklave nicht mehr Aserbaidschan unterstellt sein soll, sondern mit ihm einen „gemeinsamen Staat“ bildet. Doch das lehnt die Regierung in Baku ab. Zu diesem Kompromiß gebe es bloß eine Alternative, kommentierte Armeniens Außenminister Wardan Orskanjan die aserbaidschanische Weigerung: „Das ist der Krieg.“ Eriwan hofft auf russische Hilfe: Um seine südliche Flanke gegenüber dem Nato-Mitglied Türkei zu stärken, hat Moskau in Armenien moderne MiG-29 und Flugabwehrraketen vom Typ S-300 stationiert. Aserbaidschan kündigte im Gegenzug den Ab-



Nigerianischer Soldat, erbeutete Waffen in Sierra Leone

WESTAFRIKA

## Umstrittene Friedensmission

Im Bürgerkrieg von Sierra Leone droht ein Sieg der Rebellen, wenn Nigerias designierter Präsident Olusegun Obasanjo sein Wahlversprechen erfüllt, 10.000 Soldaten aus dem benachbarten Chaosland heimzuholen. Ohne die nigerianische Militärhilfe kann Sierra Leones gewählte Regierung die Hauptstadt Freetown nicht mehr gegen die Rebellen der Revolutionary United Front

(RUF) verteidigen, die von Banden aus Liberia und Burkina Faso unterstützt werden. Nigeria stellt 90 Prozent einer Eingreiftruppe der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas, die in Sierra Leone für Ordnung sorgen soll. Die Mehrheit der nigerianischen Bevölkerung lehnt die Regionalpolizei-Ambitionen ihrer Militärs als zu teuer und zu gefährlich ab: Mehrere hundert nigerianische Soldaten sind bereits gefallen. Sierra Leones Regierung beschwört die Nigerianer, den Einsatz gegen die RUF-Rebellen fortzusetzen, bemüht sich aber gleichzeitig um logistische und finanzielle Hilfe aus Europa.



Armenisches Militär in Berg-Karabach

schluß eines Militärbündnisses mit Ankara an und machte – sehr zum Ärger Moskaus – ausgerechnet der Nato ein lukratives Angebot: Sie könne die einstige sowjetische Luftwaffenbasis von Nassosny nördlich von

Baku für ihre Zwecke nutzen. Während die ersten Nato-Bomben auf Serbien fielen, traf bereits eine hochrangige Abordnung des US-Verteidigungsministeriums zu Verhandlungen über die Offerte in Baku ein.

Umwelt

## Saubere Luft durch Lawinen

Ein unerwartet positiven Effekt hatten die Schneemassen, die im Februar den Alpenbewohnern Tod und Zerstörung brachten. Weil die Gotthard-Autobahn wegen Lawinengefahr gesperrt blieb, war die Luftverschmutzung in den Kantonen Uri und Tessin zwischen dem 18. und 26. Februar nur halb so groß wie gewöhnlich. Wie Mes-

sungen in den Schweizer Kantonen Uri und Graubünden zeigen, litt dafür die Bevölkerung an der Ausweichroute über den San Bernardino erheblich stärker unter den Abgasen als sonst. Der französische Verkehrsminister, durch die Schließung des Montblanc-Tunnels unter Druck, hofft deshalb wohl vergebens auf die Erlaubnis, 40-Tonnen-Lkw durch die Schweiz umzuleiten: Die bessere Luft während der Lawinenzeit bestärkte die Eidgenossen in ihrer Überzeugung, daß der alpenquerende Transitverkehr generell auf die Schiene gehört.



Stau auf der Gotthard-Autobahn

FINNLAND

## Europa braucht Rußlands Energie

Ministerpräsident Paavo Lipponen, 57, über die Situation nach den Reichstagswahlen und die Auswirkungen auf die EU

**SPiegel:** Die Sozialdemokraten sind mit einem Verlust von 5,4 Prozent der Stimmen nur knapp stärkste Partei geblieben. Werden Sie trotzdem Anfang Juli als Regierungschef in die erste finnische EU-Präsidentschaft gehen?

**Lipponen:** Unsere Regenbogenkoalition mit Konservativen, Linken, Grünen und der Schwedischen Volkspartei hat sehr gut funktioniert. Wir wollen die Regierung fortsetzen, egal, wie die Koalition am Ende aussehen wird.

**SPiegel:** Ihr größter Koalitionspartner, die konservative Sammlungspartei, hat mit 3,1 Prozent den größten Zugewinn. Müssen Sie ihr bei der Regierungsbildung besonders entgegenkommen?



Lipponen

**Lipponen:** Natürlich müssen wir bei der Verteilung der Ministerposten auf das Wahlresultat Rücksicht nehmen.

**SPiegel:** Bedeutet das einen politischen Richtungswechsel?

**Lipponen:** Für mich ist nicht die Frage, ob wir eine linke oder rechte Politik machen. Wir brauchen neue Arbeitsplätze, eine Förderung des Wohnungsbaus und auch Kontinuität in der Europapolitik.

**SPiegel:** Sie möchten der EU während der finnischen Präsidentschaft eine besondere „nördliche Dimension“ verleihen. Mit welchem Ziel?

**Lipponen:** Die Partnerschaft mit Rußland in Fragen der Energie und Umweltpolitik ist eine besonders große Herausforderung. Wir haben durch Rußland die größten Umweltprobleme und nuklearen Risiken, etwa durch Atomabfälle. Rußland hat aber auch die größten Energiequellen. Irgendwann in nicht allzuferner Zukunft werden wir in Europa zu 50 oder vielleicht gar 70 Prozent vom Erdgas aus Rußland abhängig sein.